

Tourismusgesetz

[...] Das Tourismusgesetz wurde im Juni 2000 vom Landtag verabschiedet und ist am 1. September 2000 in Kraft getreten. Die Regierung hat den Verwaltungsrat der mit diesem Gesetz neu geschaffenen öffentlich-rechtlichen Anstalt „Liechtenstein Tourismus“ im September 2000 bestellt. [...] Nachdem im Juni 2000 das Tourismusgesetz verabschiedet worden ist, hat die Regierung im Juli 2000 die Verordnung über die Beherbergungstaxen erlassen. Beherbergungstaxen werden erhoben, wenn Personen gegen Bezahlung übernachten. Ausgenommen davon sind Kinder im Alter von weniger als vierzehn Jahren und Übernachtungen in den Hütten des Liechtensteiner Alpenvereins. Im September 2000 hat die Regierung die Verordnung zum Tourismusgesetz (Berechnung der Tourismusumlage) genehmigt. In dieser Verordnung werden die umlagepflichtigen Geschäftsbetriebe definiert und die Berechnung der Umlage geregelt.

Rechenschaftsbericht 2000, Ressort Wirtschaft, Ressortinhaber: Regierungschef-Stellvertreter Dr. Michael Ritter, Seite 255.

Erfolgreicher erster liechtensteinischer Tourismustag

[...] Nachdem am 1. September das neue Tourismusgesetz in Kraft getreten ist, konnte gestern in Vaduz der erste liechtensteinische Tourismustag abgehalten werden. Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter konnte vor rund 120 interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den Bereichen Tourismus, Gewerbe, Umweltverbänden und Politik die Veranstaltung eröffnen. Ein reich befrachtetes Programm war vorbereitet worden. Der Tourismustag bot sowohl konkrete Ergebnisse der bisherigen Arbeit als auch Visionen für die Zukunft. Neben interessanten Vorträgen bot sich für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch die Gelegenheit, aktiv Vorschläge für das neue Tourismusleitbild einzubringen.

Liechtensteiner Vaterland, 24. Oktober 2000, Seite 1.

VU und FL sagen ja zu ausländischen Polizisten

Bei der Landespolizei werden für die Spezialeinheit zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität für die nächsten fünf Jahre auch Polizistinnen und Polizisten mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit zugelassen. Dies beschloss gestern der Landtag. [...] Die Regierung wollte keine exakte zeitliche Befristung für solche Dienstverträge ins Gesetz aufnehmen. Die VU-Fraktion spielte aber nicht mit. Landtagspräsident Peter Wolff brachte den Antrag ein, solche Anstellungsvereinbarungen nur bis zum 31. Dezember 2005 zuzulassen. Dieser Antrag fand mit 14 Stimmen (13 VU, 1 FL) eine Mehrheit. [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 27. Oktober 2000, Seite 1.

Alle Parteien begrüßen die Reform der gymnasialen Oberstufe

Die Reform der gymnasialen Oberstufe sowie des Vorbereitungslehrgangs Fachhochschulreife stiess im Landtag bei allen Parteien auf Zustimmung. Damit ist der Weg für den ersten Teil der Schulreform frei. Mit dieser Reform wird die Ausbildungsdauer bis zur Matura von 13 auf 12 Jahre reduziert. Des Weiteren wird den Schülerinnen und Schülern mit dieser Reform grössere Wahlmöglichkeiten bezüglich ihrer Fächerwahl gegeben. [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 28. Oktober 2000, Seite 3.